
GRÜNland-Pfalz ist ganz natürlich.

GRÜN für die Sicherung der Artenvielfalt und eine nachhaltige, gentechnikfreie Landwirtschaft

Wir GRÜNE stehen für den ökologischen Aufbruch. Dieser ist dringend nötig – im Naturschutz und der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Trotz enormer Nutzungs- und Strukturveränderungen in unserer heimischen Landschaft sind eine große Vielfalt natürlicher Lebensräume und darin siedelnder Tier- und Pflanzenarten erhalten geblieben. Diese Naturlandschaft gilt es zu sichern und weiterzuentwickeln. Nur wir GRÜNE sind die verlässliche Stimme für Natur- und Artenschutz! Deswegen werden wir eine Strategie zur Erhaltung der Artenvielfalt im Land entwickeln. Das wichtigste Instrument hierfür ist eine landeseigene Biodiversitätsstrategie, die wir in der kommenden Legislatur umsetzen wollen.

Eine neue Landwirtschaftspolitik ist Grundlage für die Erhaltung der Artenvielfalt und der Landschaft. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit einer Landwirtschaft unterstützen, deren Stärke in Qualität und Nachhaltigkeit besteht. Statt einer Politik des Wachsens oder Weichens werden wir gezielt über die Agrarförderung bäuerliche Erzeugung und die ökonomische und ökologische Entwicklung unserer ländlichen Regionen stärken.

Die vielerorts bäuerlich strukturierte rheinland-pfälzische Landwirtschaft trägt entscheidend zur Erhaltung unserer vielfältigen Kulturlandschaft bei. Deshalb wollen wir eine weitere Intensivierung in der Landwirtschaft verhindern – im Gegensatz zur SPD, die gemeinsam mit CDU und FDP die Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreibt. Eine zukünftige Landesregierung muss über den Bundesrat darauf drängen, dass die künftig für Deutschland und Rheinland-Pfalz geringeren EU-Agrarmittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Wir wollen die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dafür nutzen, dass nach 2013 das Prinzip gilt: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Wir unterstützen den EU-Agrarkommissar in seinen Vorschlägen für eine Begrünung der Direktzahlungen, gemeinsam mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus Naturschutz-, Verbraucher- und alternativen Landwirtschaftsverbänden.

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel haben in unserem Essen nichts verloren. Wir stehen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und den Schutz und die umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Menschen in Rheinland-Pfalz wollen und sollen durch eindeutige Kennzeichnung wissen, was auf ihren Tisch kommt.

I. Natur- und Artenschutz

1. Biodiversitätsstrategie für Rheinland-Pfalz

Die Bundesregierung hat am 7. November 2007 die unter Federführung des Bundesumweltministeriums erarbeitete Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen. Seither liegt in Deutschland erstmals eine umfassende und anspruchsvolle Strategie zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt vor, die rund 330 Ziele und rund 430 Maßnahmen zu allen biodiversitätsrelevanten Themen enthält. Auf Grundlage dieser nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir Grüne eine "Biodiversitätsstrategie für das Land Rheinland-Pfalz" entwickeln.

Die Umweltverbände BUND, GNOR und NABU formulierten gemeinsam im Sommer 2008 Ziele und Lösungsansätze für eine derartige Strategie und übermittelten die Vorschläge der rheinland-pfälzischen Umweltministerin. Seither hat die Landesregierung jedoch nichts bewegt. Wir Grüne werden dies ändern. Auf der Basis der internationalen und nationalen Biodiversitätsziele soll eine kritische Analyse bisheriger Aktivitäten vorgenommen werden sowie die Entwicklung neuer Lösungsansätze und zusätzlicher Maßnahmen erfolgen. Eine ständige Überprüfung der Zielerreichung ist wichtig, um Artenvielfalt und Lebensräume auch tatsächlich dauerhaft zu sichern.

Wir werden nach der Wahl unverzüglich mit der Analyse der aktuellen Situation der Biodiversität in Rheinland-Pfalz beginnen und auf Basis der nationalen Biodiversitätsstrategie sowie der eigenen Analyse eine eigene Strategie entwickeln. Das Konzept wird im interdisziplinären Dialog mit den Akteuren des Naturschutzes und den wichtigsten Nutzergruppen abgestimmt. Bewirtschaftungspläne für sämtliche Natura 2000-Schutzgebiete wollen wir bis Ende 2013 vorlegen. Erfolgreiche Instrumente des Naturschutzes in Rheinland-Pfalz – Biotopbetreuung und PAULa, Partnerbetrieb Naturschutz – sollen gerade im Hinblick auf das europäische Schutzgebietskonzept Natura 2000 weiterentwickelt und aufgestockt werden.

2. Nettoflächenverbrauch für Siedlungs- und Gewerbegebiete in der kommenden Legislaturperiode auf Null zu senken.

Dank des demographischen Wandels nimmt der Druck auf die Fläche in Rheinland-Pfalz immer mehr ab. Nachdem in den Jahren 2003-2007 noch jeden Tag fünf bis sechs Hektar Fläche für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrszwecke verbraucht wurden, waren es 2008 noch 3,2 Hektar und 2009 nur 0,6 Hektar. Wir wollen den Nettoflächenverbrauch auf null senken.

Daher wollen wir prinzipiell Neuversiegelung nur noch zuzulassen, wenn an anderer Stelle entsiegelt wird. Wir wollen die Grundsteuer so reformieren, dass ökologisch verträgliche Nutzung belohnt und Versiegelung stärker belastet wird. Ein strukturiertes Flächenmonitoring mit Siedlungs- und Gewerbeflächen, der Führung von Leerstandskatastern sowie die Dokumentation und Vermarktung von Baulücken sind zentrale Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Für die Erreichung dieser Qualitätsziele wollen wir für RLP ein Landesprogramm „Dorf- und Stadtbau Rheinland-Pfalz“ auflegen und damit die Kommunen aktiv und zielgenau bei der Bewältigung dieser Herausforderungen unterstützen.

3. Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes

Das neugefasste Bundesnaturschutzgesetz trat zum 1.3.2010 in Kraft. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich des Naturschutzes ist zwar umfassend, verdrängt allerdings nicht die fortbestehende Gesetzgebungskompetenz auch der Länder. Die SPD hat in Rheinland-Pfalz die Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes immer wieder verzögert und verschleppt. Heute bestehen im Gesetzesvollzug erhebliche Unsicherheiten, da nicht immer eindeutig ist, welche Landesregelungen unberührt bleiben und nicht durch das neue Bundesnaturschutzgesetz unwirksam werden. Wir werden unverzüglich nach der Landtagswahl die überfällige Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes angehen. Dabei garantieren wir die Beibehaltung der bewährten Landschaftsplanung und wollen Konkretisierungen bei der Eingriffsregelung im Hinblick auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Ergänzungen im Bereich der biologischen Vielfalt und des Biotopschutzes sowie eine Ausweitung der Beteiligungspflicht bei naturschutzrelevanten Verfahren (Natura 2000-Gebiete, Managementpläne) umsetzen. Wir sehen die Novellierung auch als Anstoß für eine zeitnahe Fortschreibung der kommunalen Landschaftspläne, das zentrale kommunale Instrument für eine aktive Naturschutzpolitik vor Ort.

4. Ausweisung eines Nationalparks

Derzeit gibt es in Deutschland 14 Nationalparke mit einer Gesamtfläche von einer Million Hektar. Bis auf Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben alle Flächen-Bundesländer mindestens einen Nationalpark ausgewiesen.

Wir wollen im Rahmen einer Analyse und eines breit angelegten Diskussionsprozesses prüfen, wo in Rheinland-Pfalz Nationalparke geschaffen werden können. Im Pfälzer Wald, Soonwald oder Eifel sehen wir gute Voraussetzungen für die Ausweisung eines Nationalparks. Von der Einrichtung und dem Betrieb eines Naturschutzzentrums können wichtige Impulse für die Region ausgehen. Somit dient ein Nationalpark nicht nur dem Naturschutz, sondern hat durch die Förderung eines sanften Tourismus mit Absatzmöglichkeiten für regionale Produkte auch eine bedeutende soziale und ökonomische Komponente.

5. Ökologischer Gewässer- und Hochwasserschutz

Wir setzen uns für die Vergrößerung, Wiederherstellung und Redynamisierung von Fluss- und Bachauen ein. Gerade in allen intensiv landwirtschaftlich genutzten Bereichen muss ein ausreichend breiter Gewässerrandstreifen ausgewiesen werden, um eine positive Gewässerentwicklung zu ermöglichen, und um Nährstoff- und Pestizideinträge zu verringern.

Die SPD-Landesregierung hat es versäumt, im Zuge von Hochwasserschutzmaßnahmen die Rheinauen natürlicher zu gestalten. Stattdessen setzte sie auf den Bau von landwirtschaftlich intensiv genutzten Poldern und die Erhöhung und Verstärkung der bestehenden Rheinhauptdeiche. Dies führte zur Ausweisung großflächiger Siedlungen, wie beispielsweise in Bodenheim oder Oppenheim und zu einer anhaltenden und intensiven ackerbaulichen Nutzung der Altaue. Wir werden uns bei den anstehenden Projekten für großräumige Deichrückverlegungen, eine Redynamisierung und strukturelle Aufwertung der Auen sowie für eine Verringerung und ökologische Ausrichtung der Kiesgewinnung in den Auengebieten einsetzen.

II. Landwirtschaft

1. Bäuerliche Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz stärken – Milchmarkt sinnvoll regulieren

Eine Landwirtschaft, die Böden und Klima zerstört und die auf Massentierhaltung oder Agro-Gentechnik beruht, ist nicht zeitgemäß oder zukunftsfähig. Mit rund 25.000 Betrieben in der Landwirtschaft und mehr als 100.000 Beschäftigten, darunter vielen in familiären Strukturen, ist Rheinland-Pfalz ein optimaler Standort für die Qualitätserzeugung. Wir setzen auf Verarbeitung und Wertschöpfung auf dem Land und auf eine Agrarpolitik, die bäuerliche Strukturen mit flächendeckender umweltgerechter Erzeugung stärkt und die ökologischen Innovationen fördert.

Wir Grüne setzen uns auf Bundes- und europäischer Ebene entsprechend der Vorschläge der EU-Kommission für eine Kappung der Zahlungen ab einer gewissen Höhe ein, damit nicht länger 80 Prozent der Gelder an nur 20 Prozent der Betriebe fließen. Wie die Kommission sind wir der Auffassung, dass der Arbeitskräftebesatz in die Berechnung der Förderung einfließen muss. Wir wollen die Stärkung des ländlichen Raumes und der Umweltmaßnahmen in der kommenden Förderperiode.

Ebenfalls werden wir Grüne uns für faire Regeln auf dem Milchmarkt einsetzen. Zur Stabilisierung des Milchpreises und zur Erhaltung bäuerlicher Milchbetriebe müssen marktgerechte Mengen-Regulierungsinstrumente geschaffen und EU-weite schlagkräftige Erzeugergemeinschaften zur Bündelung ermöglicht werden. Gleichzeitig müssen Förder- und Forschungsprogramme zur Entwicklung einer Eiweißstrategie zum Ersatz der gentechnisch veränderten Soja- und Mais-Futtermittel aufgelegt werden, damit die Milch wieder ökologisch sinnvoll auf Wiesen und Weiden und mit heimischem Grund-Futter erzeugt wird.

Das rheinland-pfälzische „Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL)“ wollen wir entsprechend weiterentwickeln. Die bisherigen Programmmodule für den umweltschonenden Landbau gilt es zu reformieren, um Leistungen zu honorieren, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen.

Auch im Weinbau setzen wir auf Qualität und lehnen die EU-Pläne zur Liberalisierung und Ausdehnung der Weinflächen ab. Zur Umsetzung der EU-Regeln sollen Lagen als Qualitätselement profiliert werden. Mit einer Öffentlichkeitskampagne wollen wir die Verbraucherinformation und Bekanntheit und Absatz von krankheits- und pilzresistenten Rebsorten verbessern. Angesichts des großen Interesses am Öko-Weinbau sollen Forschung, Beratung und Ausbildung in diesem Bereich verstärkt werden.

2. Ökolandbau in Rheinland-Pfalz stärken und ausbauen

Nicht zufällig gehört Rheinland-Pfalz mit ca. 6 Prozent Flächenanteil beim Ökolandbau seit Jahren zum tristen Mittelfeld im Vergleich der Bundesländer. Rheinland-Pfalz liegt auch am unteren Ende der Förderhöhen. Für Rheinland-Pfalz wollen wir den Ökolandbau unter Nutzung der EU-Mittel ambitioniert ausbauen und den Bio-boom für unsere Regionen nutzen. Wir werden unsere heimischen Landwirte dabei unterstützen, die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln regional decken zu können. In diese Strategie wird die gesamte Wertschöpfungskette vom „Acker bis zur Ladentheke“ einbezogen. Dem dienen eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen wie z.B. die Stärkung des Kompetenzzentrums Ökologischer Landbau mit dem Ziel der Effizienzsteigerung im Ökolandbau, eine Erhöhung der Fördersätze in den Umstellungsjahren

oder die Behebung der Forschungs- und Ausbildungsdefizite beim ökologischen Land- und Weinbau.

3. Neue Förderkonzeptionen für regionale Wertschöpfungsketten

Wir Grüne wollen neue Förderkonzeptionen entwickeln, durch die regionale Wertschöpfungsketten (wie die Regionalmarken Eifel oder SoöNahe) gestärkt, die Nahversorgung gesichert, Allianzen zwischen Stadt und Land unterstützt und neue Entwicklungschancen geboten werden. Hierzu gehört auch die Förderung des traditionellen regionalen Ernährungshandwerks.

Um den Problemen einer zunehmenden Fehlernährung zu begegnen, wollen wir Strukturen für die Vermarktung regionaler Lebensmittel und in eine gute Kita- und Schulernährung und Gemeinschaftsverpflegung schaffen, die Verbraucher- und Ernährungsbildung an den Schulen und in den pädagogischen Ausbildungsgängen verankern, Schulobst- und Schulmilchprogramme in eine Gesamtstrategie Schulernährung einbeziehen und zur Koordination und Beratung die Schulverpflegungs-Vernetzungsstelle weiter stärken.

Mit Herkunftskennzeichnung und Labels wollen wir die regionale, tiergerechte, gentechnikfreie heimische Erzeugung am Markt verbessern und Transparenz für die VerbraucherInnen schaffen.

Wie auf Bundesebene wollen wir die Einführung eines fleischfreien Tages („Veggie-Day“) in Kantinen und Mensen von Landeseinrichtungen unterstützen.

Die Lebens-, Futtermittel- und Veterinärkontrolle soll gestärkt und die Umsetzung des NRW-10-Punkte Programmes zur Vermeidung von Dioxin-Skandalen umgesetzt werden, um die enormen wirtschaftlichen Schäden für die Bauern zu verhindern und gesundheitliche Risiken zu vermeiden.

4. Für ein gentechnikfreies Land Rheinland-Pfalz

Immer mehr alte Sorten und Rassen drohen auszusterben. Statt das genetische Erbe zu erhalten forciert die rheinland-pfälzische SPD den Anbau der BASF-Genkartoffel „Amflora“. Bereits 2009 hat die Landesregierung den Aufwuchs von gentechnisch kontaminiertem verbotenen Mais in der Pfalz - anders als Hessen oder Baden-Württemberg – geduldet. Zudem ist die Landesregierung ihrer Pflicht zur Veröffentlichung der betroffenen Felder im Standortregister nicht nachgekommen. Rheinland-Pfalz muss eine Qualitätsinitiative ergreifen und Produktlinien aus Rheinland-Pfalz unterstützen, die „ohne Gentechnik“ erzeugt werden. Besonderes Augenmerk muss dem Bereich der gentechnisch veränderten Futtermittel gelten – das Einfallstor der Gentechnik bei Milch- und Fleischprodukten in Deutschland.

Deshalb wollen wir, dass das Land Rheinland-Pfalz die Rechtsgrundlagen der Europäischen Union nutzt und auf die Bundesregierung einwirkt, um „Gentechnikfreie Regionen“ rechtlich abzusichern. Landesrechtliche Möglichkeiten werden wir voll ausschöpfen, und den Anbau auf landeseigenen Flächen untersagen. Das Land Rheinland-Pfalz soll wie Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün den „Gentechnikfreien Regionen“ beitreten.

Das Siegel „ohne Gentechnik“ soll durch eine Aufklärungskampagne zu einem dauerhaften Erfolg werden, Programme wie die gentechnikfreie „Faire Milch“ wollen wir unterstützen.

Die Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass es keine weiteren Lockerungen am derzeitigen Gentechnikgesetz geben wird, die Nulltoleranz beibehalten wird und die Verursacher von entsprechenden Kontaminationen zur Übernahme der Kosten herangezogen werden. Landesweit wollen wir Initiativen starten und unterstützen, die ein flächendeckendes Angebot von gentechnikfreiem Futtermittel in Rheinland-Pfalz sicherstellen. So wollen wir den Landwirten den Aufbau von garantiert gentechnikfreien Produktlinien ermöglichen.

Im Land vorkommende alte Haustierrassen und Pflanzensorten bedürfen der Inventarisierung, um so die Grundlagen für den Erhalt der genetischen Vielfalt zu schaffen.